

Stärke hat einen neuen Namen



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB
Bundespolizeigewerkschaft



Herausgeber: DPoIG Bundespolizeigewerkschaft
Verantwortlich: Ernst G. Walter u. Hans-Joachim Zastrow

Nr. 7 2012
vom 17.02.2012

Interessantes aus der Politik, den Medien, dem dbb und der DPoIG. Da es sich um eine schnelle Information handelt, bleiben die Beiträge meist unkommentiert und geben lediglich die Auffassung des Autoren wieder.

Newsletter

7.700 Polizeivollzugsbeamte im mittleren Dienst warten auf eine Beförderung.....	1
Einsatz der BPol am Horn von Afrika derzeit nicht darstellbar	2
Einkommensrunde 2012.....	4
15. Europäischer Polizeikongress in Berlin - Vernetzte Sicherheit: Terrorismus - Cyber – Homegrown - International	5
Punkte-Reform in Flensburg nicht ausreichend - Halterhaftung muss kommen.....	5
Signal gegen Rassismus setzen - dbb unterstützt Aufruf zur Schweigeminute für Opfer rechtsextremen Terrors	6
Echo auf das "Echo".....	7

7.700 Polizeivollzugsbeamte im mittleren Dienst warten auf eine Beförderung

Müssen sich wirklich 2.000 Polizeibeamte eine Beförderung abschminken?

Berlin, 30.01.2012

Auf die sich weiter dramatisch veränderte Beförderungssituation haben Mitglieder des Bezirksverbandes Bundespolizeipräsidiums der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft in einem eineinhalbstündigen Gespräch beim Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums, Matthias Seeger, erneut aufmerksam gemacht. Bereits jetzt befinden sich in der Bundespolizei ca. 7.700 Polizeivollzugsbeamte im mittleren Dienst, die als Polizeiobermeister ihren Dienst versehen. Davon werden ca. 2.000 Beamte nach dem heutigen Beförderungssystem nicht mehr die Möglichkeit haben, sich vor Eintritt in den Ruhestand auf ein ruhegehaltstfähiges Gehalt als Polizeihauptmeister freuen zu können. „Die Ursache für die fehlenden Beför-

derungsmöglichkeiten liegt hierbei auch beim Attraktivitätsprogramm, da interessante Dienstposten mit der nötigen Wertigkeit des mittleren Dienstes in den gehobenen Dienst überführt werden“, sagte der Vorsitzende des Bezirksverbandes Bundespolizeipräsidium, René Gottke.

Präsident Seeger zeigte auf, dass die zusätzlichen Beförderungen nur aus dem Haushalt der BPOL kommen können und zusätzliche Mittel dafür derzeit nicht zur Verfügung stehen. Der Präsident erläuterte seinen Vorschlag, dass ein Teil der nötigen Mittel dadurch abgedeckt werden könnten, wenn das BPOLP auf die Auszahlung der Leistungsprämien im Beamtenbereich verzichten würde.

„Dazu muss das BMI aber noch seinen Segen erteilen“, betonte Seeger. Die DPolG Bundespolizeigewerkschaft, so René Gottke, wird ein solches Vorhaben natürlich aktiv unterstützen.

Weitere Themen in dem Gespräch beim Präsidenten waren u. a. die Bundeslaufbahnverordnung, die Beförderungssituation im mittleren Dienst, die Dienstpostenbewertung im Flugdienst und der Dienstsport für Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte.

René Gottke stellte Präsident Seeger das Laufbahnverlaufsmodell der DPolG vor und erläuterte, dass mit diesem oder ähnlichen Modellen bereits sehr erfolgreich in einigen Bundesländern gearbeitet wird. Präsident Seeger steht einbism solchen Model positiv gegenüber, verwies aber auf die Zuständigkeit des Bundesinnenministers (BMI).

Weiterhin wurde durch den Vorsitzenden des Bezirksverbandes die Organisationsüberprüfung in der Abteilung 1 des BPolP angesprochen. Bislang fehlt es aus dem Hause des BMI an der Einsicht, die geforderten 36 Planstellen, die dringend benötigt werden, endlich frei zu geben.

Matthias Seeger sagte in diesem Punkt seine Unterstützung zu und wird dazu im BMI erneute Gespräche führen.

Beide Seiten waren sich einig, dass Hebungen von Dienstpostenbewertungen, wie sie im neuen ODP- Entwurf für den Flugdienst vorgesehen sind, gerechtfertigt sind. Die strukturellen Veränderungen bedürfen einer länger andauernden Prüfung.

Der Vorschlag von Tino Balecke, den Verwaltungsbeamten und Tarifbeschäftigten die Möglichkeit zur Teilnahme am Dienstsport zu geben, wurde von Präsident Seeger grundsätzlich befürwortet. Er wies aber darauf hin, dass zurzeit die Absicherung bei einem Sportunfall für Verwaltungsbeamte nicht gegeben ist und auch für Tarifbeschäftigte die Abdeckung eines Sportunfalls durch die Unfallkasse des Bundes fehlt. Da die Genehmigung für Dienstsport aber nicht nur die Bundespolizei betrifft, sondern auch alle anderen Bundesbehörden, ist hier ein ressortübergreifender Ansatz erforderlich. Präsident Seeger, ließ erkennen, dass er sich den Bestrebungen der DPolG Bundespolizeigewerkschaft auch in diesem Punkt nicht widersetzen werde. "Wir werden uns deshalb weiterhin um die längst überfällige Teilnahme der Beschäftigten aus den Reihen der Verwaltung und des Tarifs, insbesondere am Präventionsport, weiter sehr stark machen", sagte Tino Balecke.

Die Mitglieder des Bezirksverbandes Bundespolizeipräsidium bedankten sich bei Präsident Seeger nach dem Gespräch für die wie gewohnt offene und freundliche Gesprächsatmosphäre.

Teilnehmer der Gewerkschaft waren der Vorsitzende René Gottke, sein Stellvertreter Tino Balecke aus dem Tarifbereich, Detlef Jordan als Vorsitzender des Ortsverbandes Fuhlendorf sowie Werner Wieck als Vorsitzender des Ortsverbandes Blumberg.

Einsatz der BPol am Horn von Afrika derzeit nicht darstellbar

Der Vorsitzende der DPolG Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter weist die im Behörden Spiegel dargestellte Forderung des GdP-Vorsitzenden Bernhard Witthaut nach einem Einsatz der Bundespolizei zur Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika zurück. (16.02.2012)

"Beim Einsatz gegen Piraten am Horn von Afrika kann dem Prinzip der ergänzenden

Wahrnehmung von Sicherheitsaufgaben zwischen privaten Sicherheitsdienstleistern und Polizeibehörden sicherlich sinnvoller gefolgt werden, als beim täglichen hoheitlichen Einsatz privater Sicherheitsdienste bei der Fluggast- und Gepäckkontrolle an den Deutschen Verkehrsflughäfen" stellt Walter fest.

Auch wenn seitens der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft nicht angezweifelt wird, dass der Schutz deutscher Schiffe grundsätzlich eine hoheitliche Aufgabe ist, so kommt bei der Diskussion zu kurz, dass auch Reedern erhebliche Eigensicherungspflichten auferlegt sind und der Einsatz privater Sicherheitsdienstleister unter bestimmten Voraussetzungen rechtlich durchaus zulässig ist. Darüber hinaus ist die Bundespolizei nach Auffassung des Gewerkschaftschefs derzeit weder kurz- noch mittelfristig personell in der Lage, eine solche zusätzliche Einsatzaufgabe auf hoher See dauerhaft in dem erforderlichen Umfang wahrzunehmen.

Zur Widerlegung der Darstellung, nach der die Zahl einer Begleitung schutzwürdiger Schiffe unter deutscher Flagge zwischen fünf und zehn pro Monat liegt, verweist Walter auf die wirklichen Zahlen. So passierten im Jahr 2011 insgesamt weit mehr als 1.000 Schiffe unter deutscher Flagge das Horn von Afrika. Dies entspricht gegenüber dem Jahr 2010 einer Steigerung von 80 Prozent. Betrachtet man zusätzlich die unter bareboat - Charter fahrenden Fahrzeuge der deutschen Handelsflotte, muss man die Zahl der Passagen mit dem Faktor sechs multiplizieren. Ausgehend von dieser Annahme ergäben sich für 2011 für die deutsche Handelsflotte hypothetisch etwa 8.000 Passagen im Hochrisikogebiet am Horn von Afrika.

Die Auffassung der GdP, "die Bundespolizei könne den Schutzbedarf kurzfristig, sagen wir nach einem Vorlauf von wenigen Wochen, erfüllen", geht nach Auffassung der DPoIG völlig an der Realität vorbei. "Einen solchen Schutzbedarf kann die Bundespolizei mit der aktuellen Personalausstattung in dem erforderlichen Umfang in diesem Aufgabenfeld definitiv nicht dauerhaft darstellen", so Walter.

Die geforderte Aufgabenwahrnehmung ausschließlich durch die Bundespolizei würde einen großen Teil der Bundespolizei im Ausland binden, die im Inland ihren Aufgaben dann nur noch eingeschränkt nachgehen könnte. Ein Begleitteam könnte selbst bei

optimaler organisatorischer Rahmenbedingung (Rückflüge, Zwischenaufenthalte und erforderliche Ruhezeiten) maximal nur zwei Schiffe pro Monat begleiten.

Die Begleitteams müssten wegen des Einsatzes im 2-Schicht-System außerdem eine Personalstärke von mind. 10-12 PVB haben, um Piratenangriffen effektiv begegnen zu können. Der GdP-Vorsitzende behauptete im Artikel des Behörden Spiegel, dass "nur Polizei berechtigt sei, Waffen zu führen – auch Kriegswaffen" und die privaten Sicherheitsunternehmen nach geltendem Recht hierzu nicht befugt seien. Diese Behauptung sei nur die halbe Wahrheit, denn sofern private Sicherheitsdienstleister erlaubnisfähige zivile Waffen wie Handfeuerwaffen mitführen wollen, fordert das Waffengesetz neben der Einhaltung der gewerbe- und waffenbesitzrechtlichen Regeln, dass der Bewachungsgewerbetreibende ein Bedürfnis zum Erwerb, Besitz und Führen von Schusswaffen und Munition hat. Dieses Bedürfnis wird anerkannt, wenn glaubhaft gemacht wird, dass die Bewachungstätigkeiten zu Gunsten gefährdeter Personen i.S.d. § 19 WaffG oder eines gefährdeten Objekts den Einsatz von Schusswaffen erfordern.

Ferner wird von Witthaut ausgeführt, dass "Private" sich nur auf "Jedermann-Rechte" berufen können, die Polizei dagegen über die komplette Klaviatur des Polizeirechts bzw. der Strafprozessordnung verfüge. Das ist richtig, aber diese "Jedermann-Rechte" reichen in der Regel auch aus.

Auch hier hilft ein Blick in die Wirklichkeit, denn 2011 gab es bei Schiffen mit deutschem Bezug bei ca. 8.000 Passagen nur in weniger als 0,3 Prozent der Fälle Situationen, in denen die komplette "Klaviatur des Polizeirechts" notwendig gewesen wäre. Klar ist auch, dass die Polizei für den Fall "danach" zuständig ist. Bei echten Piraterielagen mit deutschem Bezug ist die Bundespolizei aber ohnehin mit ihren extrem flexiblen Spezialkräften sehr kurzfristig vor Ort, um die durch private Sicherheitsdienstleister festgenommenen Personen zu übernehmen und die Strafverfolgung sicherzustellen.

Entgegen dem Petition des GdP-Vorsitzenden richtet der Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft seinen Blick auf den multiplikatorischen Ansatz, indem die Bundespolizei als behördliche und fachlich kompetente Organisation Standards für die private Sicherheitsindustrie setzen, die Qualifikation des Personals

fachlich begleiten und schließlich zertifizieren könnte.

Für die große Anzahl der Schiffspassagen könnte sich die private Sicherheitsindustrie personell flexibler und bedarfsgerecht aufstellen.

Quelle: Behördenspiegel Nr. 384, Februar 2012

Einkommensrunde 2012

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

am 09.02.2012 haben die dbb Bundestarifkommission und der dbb Bundesvorstand die Forderungen zur Einkommensrunde 2012 für Arbeitnehmer und Beamte beschlossen und bekanntgegeben.

Dem voraus ging ein Meinungsbildungsprozess innerhalb des dbb mit seinen 38 Mitgliedsgewerkschaften.

Auch die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft hat ihre Forderungen für die Einkommensrunde 2012 in ihrem Bereich diskutiert und an den dbb geleitet.

Mit Ernst Walter, dem Vorsitzenden der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft werden die Interessen der Bundespolizeibesetzten direkt in der dbb Verhandlungsgruppe zur Einkommensrunde 2012 vertreten. Zusätzlich dazu ist der Bundestarifbeauftragte der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Peter Poysel in der Tarifkommission.

Die Verhandlungen zur Einkommensrunde 2012 werden zwischen den Arbeitgebervertretern von Bund und Kommunen und der

Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft verd.i und dem dbb beamtenbund und tarifunion geführt.

Die Strukturen auf Seiten des dbb muss man sich in etwa so vorstellen, dass zu den Verhandlungen eine Verhandlungsgruppe gebildet wird, aus deren Mitte heraus die Verhandlungsführer die direkten Gespräche mit den Arbeitgebervertretern führen.

Die Ergebnisse dieser Verhandlungsgespräche werden dann wiederum durch die Verhandlungsgruppe bewertet und der Tarifkommission zur Meinungsbildung Entscheidungsfindung vorgelegt.

Die Forderungen des dbb zur Einkommensrunde 2012 für die Arbeitnehmer des Bundes und der Kommunen sowie für Bundesbeamte finden Sie auf der Homepage des dbb und der [DPoIG Bundespolizeigewerkschaft](#)

Mit kollegialen Grüßen

Peter Poysel
Bundestarifbeauftragter
DPoIG Bundespolizeigewerkschaft

15. Europäischer Polizeikongress in Berlin - Vernetzte Sicherheit: Terrorismus - Cyber – Homegrown - International

In Berlin startete am Dienstag der 15. Europäischer Polizeikongress. Unter dem Motto "Vernetzte Sicherheit: Terrorismus" tagen bei dieser international ausgerichteten Fachkonferenz im Berliner Congress Center (bcc) Polizei-, Sicherheits- und zivile Behörden.

Die Konferenz ist über zwei Tage ein Treffpunkt für rund 1.600 Teilnehmer aus über 50 Nationen. Es nehmen aus den europäischen Ländern und Gaststaaten Vertreter der Kriminal- und Schutzpolizeien, der Grenzpolizeien, der Sicherheits- und Nachrichtendienste sowie der Regierungen und Parlamente teil.

Auch in diesem Jahr werden Referenten aus dem In- und Ausland vertreten sein, so unter anderem Bernd Rossbach, Executive Director for Police Services, INTERPOL, Michel Quille, Stellvertretender Direktor und Leiter der Abteilung Operationen, EUROPOL, Heinz Fromm, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Peter Gridling, Direktor des Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung Österreich and Gilles de Kerchove und EU Anti-Terrorismus Koordinator des Rates der Europäischen Union.

"Es gibt Verrückte in der Bundesrepublik."

Wichtiges Thema ist die Terrorabwehr. Ermittler des Bundeskriminalamtes (BKA) haben in verschlüsselten Dateien strategische

Pläne für einen islamistischen Krieg gegen Deutschland und andere westliche Staaten gefunden. Angeblich stammt das Strategiepapier aus den Führungsreihen der Al Quaida im Grenzgebiet zwischen Pakistan und Afghanistan. Hierin werden eine Zermürbung mittels größerer und kleinerer Angriffe beschrieben. Des Weiteren wird von Geiselnahmen, der späteren Ermordung von Entführten, dem Einsatz giftiger Stoffe sowie die Tarnung eingeschleuster Kämpfer beschrieben.

Jörg Ziercke, Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA) äußerte kürzlich: "Es gibt Verrückte in der Bundesrepublik." Demnach seien 125 Gefährder und 280 relevante Personen den deutschen Sicherheitsbehörden bekannt. Von diesen 280 hätten 110 eine terroristische Ausbildung im Ausland erhalten. Außerdem könne man 40 Personen den rund 16 unterschiedlichen Terrororganisationen in Deutschland zurechnen. Rund 1.000 Personen stünden laut Ziercke in Deutschland in Verbindung zu den Terrornetzwerken.

Neben dem Terrorismus stehen noch weitere Themen auf dem Programm. Dazu gehören "Mehr Sicherheit im europäischen Verkehr" - von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) initiiert - und in diesem Jahr besonders kritisch betrachtet: die rechtsextremistische Bedrohung.

Quelle: Behördenspiegel

Punkte-Reform in Flensburg nicht ausreichend - Halterhaftung muss kommen

Berlin, 11.02.2012

Die Pläne von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) die Flensburger Verkehrssünderkartei zu vereinfachen, stoßen bei der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) auf Zustimmung.

„Grundsätzlich ist es richtig, das Punktesystem einfacher und transparenter zu gestalten

und den europäischen Vorhaben anzupassen.“, sagte DPOIG Bundesvorsitzender Rainer Wendt. „Nur reicht das Konzept nicht aus, um die Verkehrssicherheit nachhaltig zu verbessern. Die erschreckende Entwicklung bei der Zahl der Verkehrstoten in Deutschland im letzten Jahr zeigt, dass noch mehr Engagement bei der Verkehrssicherheitsarbeit erforderlich ist.“

Eine zentrale Forderung der DPoIG ist deshalb die Einführung der Halterhaftung, wenn es zu Verkehrsverstößen kommt, bei denen der Fahrer nicht ermittelt werden kann. Wendt: „Wenn jemand zu schnell fährt, bei Rot eine Kreuzung quert oder den Abstand nicht einhält, kann die Polizei nicht immer sofort feststellen, wer der Fahrzeugführer war. Das Personal bei der Polizei reicht nicht aus, um alle Fahrzeuge gleich anzuhalten und zu kontrollieren. Und es wird noch schlimmer kommen, denn in den kommenden zehn Jahren sollen in Deutschland weitere 10.000 Stellen bei der Polizei abgebaut werden, gerade auch im Bereich der Verkehrspolizei.

Da die Ahndung von Verkehrsverstößen hierzulande aber bisher nur möglich ist,

wenn der Fahrer persönlich ermittelt wird, brauchen wir dringend eine Änderung. In Zukunft soll der Halter das Bußgeld bezahlen, denn er weiß normalerweise wer gefahren ist. Derzeit sind bundesweit tausende Polizisten damit beschäftigt, bei Nachbarn und Bekannten nachzufragen, wer das Auto fuhr, und sie werden dabei millionenfach belogen. Auf diese Weise kommt jeder zweite Raser im Straßenverkehr unerkannt davon. Die Drohung mit einem Fahrtenbuch geht auch meistens ins Leere, weil der Polizei das Personal zur Kontrolle fehlt. Die Halterhaftung besitzt deshalb nicht nur abschreckende Wirkung, sondern entlastet auch die Polizei, da sie nicht mehr aufwendig ermitteln muss. Wir hoffen im Übrigen, dass die Europäische Kommission sowohl die Halterhaftung und die Bußgeldvorschriften bald einheitlich regelt.“

Signal gegen Rassismus setzen - dbb unterstützt Aufruf zur Schweigeminute für Opfer rechtsextremen Terrors

Der dbb unterstützt nachdrücklich das Anliegen, am 23. Februar 2012 um 12:00 Uhr bundesweit mit einer Schweigeminute der Opfer des rechtsextremen Terrors zu gedenken. „Wir fordern unsere Mitgliedsgewerkschaften und Landesbünde auf, sich anzuschließen,“ sagte der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion Peter Heesen am 14. Februar 2012.

„Es geht darum, nach den von rechtsextremistischen Gewalttätern verübten Morden ein klares Signal zu geben: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Gewalt haben in Deutschland keinen Platz! Im Gedenken an die Opfer wollen wir innehalten, ein Zeichen der Trauer und des Mitgefühls mit den Familien und Freunden der Opfer, aber auch ein Zeichen für die Vielfalt und Offenheit Deutschlands setzen.“

Zu der Schweigeminute hatten die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) aufgerufen. Am 23. Februar wird der Terroropfer auch im Rahmen eines zentralen Staatsaktes der Verfassungsorgane des Bundes gedacht.

Im gemeinsamen Aufruf von BDA und DGB heißt es: „Die von rechtsextremistischen Gewalttätern verübten Morde, Raubüberfälle und Anschläge erfüllen die Menschen in Deutschland mit Abscheu und Entsetzen. Wir trauern um die Opfer. Unser Mitgefühl gilt den Familien und Freunden, die geliebte Menschen verloren haben. Wir sind tief betroffen, dass nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland diese entsetzlichen Verbrechen geschehen konnten.“

Quelle: www.dbb.de

Echo auf das "Echo"

+++ Mitgliederinformation Nr. 2/2012 des Ortsverbandes BPOLI Hamburg +++

In der aktuellen Ausgabe des Elbecho 01/2012 zitiert der Inspektionsleiter auf der ersten Seite die österreichische Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach: Nicht was wir erleben, sondern was wir Empfinden, macht unser Schicksal aus.

Im Anschluss folgert er daraus, dass derjenige, der Überlastungen und negative Umstände thematisiert, die Stimmung beeinflusst und sich dadurch die Gefahr von Erkrankungen erhöht.

Wir schließen daraus, dass damit zum Ausdruck gebracht werden soll: „Die Gewerkschaften mögen endlich Ruhe geben!“

Wir halten aber ganz entschieden dagegen, dass es weiterhin das Ziel der DPoIG sein wird, die fehlerhafte Personalbemessung dieser Inspektion und auch deren gesundheitlichen Folgen für die Beschäftigten zu thematisieren und anzuprangern. Auch wenn es von manch einem für gefährlich,

fehlerhaft und somit wohl auch als dumm erachtet wird.

Was nennen die Menschen am liebsten dumm? Das Gescheite, das sie nicht verstehen. (Zitat Marie von Ebner-Eschenbach) Eine weitere Anmerkung im Elbecho betrifft die sog. SE-Schicht am Wochenende. Einsätze der SE-Tour aufgrund kurzfristiger Lagen in der Samstagnacht seien nicht auszuschließen.

Auch zu diesem Thema werden wir keine Ruhe geben. Sicherlich kann es in Ausnahmefällen zu solchen Einsatzlagen kommen. Die Beschäftigten jedoch halten diesen Zusatznachtdienst für sehr belastend. Zu diesem Thema erklärte erst kürzlich Herr Präsident Osterroth im GPR: Wenn Einsatzzeiträume personell nicht abgedeckt werden können, dann sei dies eben so!

Als DPoIG halten wir diese Aussage für richtig und richtungsweisend.

KurzNews:

Berichte und Bilder zu unseren neu gegründeten

- **Bezirksverbänden** und
- **Ortsverbänden**

der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft finden Sie auf unserer Homepage unter [„Wir über uns“](#)

SERVICE:

Auf unserer [Service-Seite](#) finden Sie aktuelle Informationen:

- Viele Vergünstigungen und Angebote für Mitglieder der Deutschen Polizeigewerkschaft im dbb (DPoIG)
- **"Rundum - Rechtsberatung"** durch einen Rechtsanwalt im Arbeitsrecht, Dienstrecht, Sozialrecht, Strafrecht, Zivilrecht und und und...! Nutzen Sie unsere **HOTLINE**
- Rechtsschutz für Bundesbedienstete: DPoIG und dbb erzielen Erfolg in puncto dienstlichen Rechtsschutz.

- **ALL-Inclusive Leistungen** für unsere Mitglieder
- Verbesserte Geräte und Gerätegresshaftpflichtversicherung für Spezialkräfte
- **Handy-App's** für Android / iPhone: Z.B. den Schichtplaner der DPoIG Hamburg und die offizielle App der Polizei NRW

Eine Mitgliedschaft in der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft lohnt sich !!!